

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Demokratische Politik: Die Agenda der Zukunft

- Charles S. Maier** Territorialisten und Globalisten
Claus Leggewie Neokapitalismus und Neue Linke
Andrzej Rapaczynski Wie effizient ist die Demokratie?
Cornelia Klinger Politik der Bewegung
Pierre Hassner Die Zukunft der internationalen Ordnung
Josef Joffe Amerika und das Paradox der Vorherrschaft
Charles Taylor Demokratie und Ausgrenzung
R. Münz / R. Ulrich Deutschland und seine Fremden
Shlomo Avineri Religion und Öffentlichkeit
Bernard Lewis Demokratie und Religion im Nahen Osten
Branko Lenart Tito. Photographien
A.Smolar und W. Osiatynski zur polnischen Verfassungsdebatte
D. Kalb und Z. Ferge zur Sozialpolitikdebatte
Transit-Diskussion Brauchen wir die Universität noch?
Peter Glotz und Dieter Simon
Susanna Roth Bohumil Hrabal – Ein unverdientes Ende
In memoriam **Susanna Roth und François Furet**

Bernard Lewis

DEMOKRATIE UND RELIGION IM NAHEN OSTEN

Während eines Großteils des 20. Jahrhunderts prägten zwei Ideen die politische Diskussion im Nahen Osten: Nationalismus und Sozialismus. Je nach politischer Konjunktur stand dabei mal der Nationalismus im Vordergrund, mal der Sozialismus, und manchmal übten beide zugleich, in der verheerenden Form des Nationalsozialismus, eine ungeheure Anziehungskraft aus. Beide Gedankengebäude waren europäischen Ursprungs, genossen von Zeit zu Zeit die aktive Unterstützung der europäischen Mächte und wurden in verschiedener Weise und mit unterschiedlichem Erfolg an die Bedingungen und Bedürfnisse des Nahen Ostens angepaßt. Sie fanden bisweilen leidenschaftliche Zustimmung und erwiesen sich bei wichtigen Veränderungen zumindest teilweise als förderlich.

Heute jedoch, da das Jahrhundert sich seinem Ende zuneigt, haben beide Ideen sehr an Attraktivität eingebüßt. Den stärksten Glaubwürdigkeitsverlust mußte dabei der Sozialismus hinnehmen – teils aufgrund des Zusammenbruchs der Schutzmacht Sowjetunion, teils aus dem vielleicht triftigeren Grund, daß die nahöstlichen und nordafrikanischen Regime, die sich zu der einen oder der anderen Spielart von Sozialismus bekannten, mit ihrem Anspruch, die Menschen ins Gelobte Land zu führen, selbst scheiterten. Statt Freiheit und Wohlstand brachten sie Tyrannei und Armut, und dies in immer deutlicherem Kontrast zur demokratischen Welt.

Die Verwirklichung seines Ziels und die daraus resultierenden Konsequenzen führten weniger zu einer Diskreditierung des Nationalismus als daß er schlicht überholt war. Mit der Vollendung der nationalen Unabhängigkeit wurde immer klarer, daß Freiheit und Unabhängigkeit zwei verschiedene Dinge sind – so verschieden, daß sie in manchen Definitionen von Unabhängigkeit gar als unvereinbare Gegensätze erscheinen.

Die nationalistischen Ziele wurden erreicht, die sozialistischen Hoffnungen begraben. Doch die zwei Grundprobleme, denen der Nationalismus wie der Sozialismus abhelfen sollte – Mangel und Knechtschaft –, blieben, ja verschärften sich eher. Die Bevölkerungsexplosion machte die Armen ärmer und zahlreicher, und die Revolution der Kommunikationsmittel bringt ihnen ihre Armut deutlicher denn je zuvor zu Bewußtsein. Mit dem Abzug der imperialen Besatzungstruppen und Gouverneure entfiel die Entschuldigung für die Machtlosigkeit und wirtschaftliche Rückständigkeit des moslemischen Nahen Ostens im Vergleich nicht nur

zum Westen, sondern auch zu den aufstrebenden Mächten Asiens und zum Nachbarn Israel. Die Probleme sind die gleichen geblieben, nur prägnanter und sichtbarer. Die Suche nach Lösungen geht weiter.

Als General Bonaparte 1798 in Ägypten einmarschierte und das Land besetzte – ein Ereignis, mit dem nach einhelliger Auffassung der Historiker die moderne Geschichte des Nahen Ostens beginnt –, da gab es in der Region nur zwei unabhängige Mächte: die Türkei und den Iran. Im Zeitalter der imperialistischen Konkurrenz und Herrschaft gelang es den beiden Staaten, obgleich vielfach mit beträchtlichen Schwierigkeiten, ihre Souveränität und Unabhängigkeit zu bewahren. Der Zerfall des britischen, französischen, italienischen und vor kurzem auch des russischen Imperiums ermöglichte die Entstehung einer ganzen Reihe von neuen unabhängigen Staaten. Einige dieser Länder, darunter Ägypten und Marokko, können sich auf ein jahrhundert- oder jahrtausendealtes Gefühl nationaler Identität stützen. Die meisten aber sind Neugründungen mit prekärer und schwankender Identität. Lange Zeit waren diese Staaten von Bewegungen bedroht, die das Ziel verfolgten, sie zu größeren Einheiten mit eher verschwommener Identität zu verschmelzen; denken wir nur an die panarabische und die pantürkische Bewegung. In neuerer Zeit kommt die Gefahr von unten, durch regionale und ethnische Loyalitäten, Sekten- und Stammestreue, die die Existenz des souveränen Staates überhaupt in Frage stellen. Die Bürgerkriege im Libanon haben gezeigt, wohin das führen kann. Dabei könnte sich das libanesische Paradigma durchaus auch in Syrien, Irak und Saudi-Arabien wiederholen, Länder, die ausnahmslos erst im 20. Jahrhundert aus heterogenen Versatzstücken zusammengefügt wurden.

Die Türkei und der Iran hingegen sind alte Staaten, die auf einem tiefverwurzelten, weitverbreiteten Gefühl nationaler Zugehörigkeit und politischer Identität gründen und eine jahrhundertelange Erfahrung in der souveränen unabhängigen Ausübung der Regierungsgeschäfte besitzen. Aufgrund des daraus erwachsenen Gefühls der Stabilität und Kontinuität konnten diese Staaten Krisen überleben, an denen weniger festgefügte Nationen längst zerbrochen wären. Darüber hinaus können beide Länder eine Tradition als Führungsmacht vorweisen: der Iran als kulturelles Zentrum der Region, die sich im Osten nach Zentralasien und Indien, im Westen in osmanische Reichsgebiete hinein erstreckte; die Türkei als führende Macht und Modell des Nahen Ostens, zunächst im Verbreitungsgebiet des Islam, anschließend im Zusammenhang nationaler Selbstbefreiung. Seit Beginn des 16. Jahrhunderts, als der sunnitische Sultan der Türkei und der schiitische Schah des Iran den ersten einer langen Reihe von Kriegen zwischen beiden Ländern führten, rivalisieren sie um die Führung der gesamten Region des Nahen Ostens. Und auch heute stehen

sie für zwei konkurrierende Zukunftsmodelle: säkulare Demokratie und religiöser Fundamentalismus.

Beide Begriffe bedürfen näherer Bestimmung. »Demokratie« ist in unserem Jahrhundert ein gern gebrauchtes Wort, das an vielen Orten und in sehr unterschiedlichem Sinn verwendet wird. Vielfach begegnet man dem Begriff in Gestalt von Komposita wie »Volksdemokratie«, »Führerdemokratie«, »Basisdemokratie« oder »organische Demokratie« –, wodurch seine Bedeutung verwässert, verschoben oder gar ins Gegenteil verkehrt wird. Viele behaupten, ihre Sache – ihre Religion, ihre Sekte, ihre Partei, ihre Ideologie – sei die einzig wahre Demokratie. Natürlich haben sie alle recht – vorausgesetzt, man akzeptiert ihre jeweilige Demokratiedefinition. Ich akzeptiere sie nicht, und deshalb sind diese Ansprüche für meine Erörterung irrelevant. Ich verstehe unter Demokratie eine Methode, die Regierung zu wählen, zu bilden und – wenn nötig – wieder abzusetzen; eine Methode, die sich im Laufe der Jahrhunderte in den englischsprachigen Ländern entwickelt hat und in moderner Zeit mit unterschiedlichem Erfolg in andere Teile der Welt exportiert wurde. Von nichtdemokratischen Regierungsformen unterscheidet sie sich insofern, als die Regierung in einer Demokratie durch das Volk eingesetzt oder zumindest bestätigt wird, meist durch Wahlen, die in regelmäßigen Abständen unter vorher bekannten und feststehenden Bedingungen und Regeln stattfinden, die für alle Parteien dieselben sind. Sie unterscheidet sich auch von Regierungsformen, die sich ebenfalls als demokratisch bezeichnen, deren Regierungen aber die Wahlergebnisse eher manipulieren, als daß sie abtreten würden. Eine demokratische Wahl bedeutet geheime Abstimmung und öffentliche Stimmauszählung. In den Pseudodemokratien ist eher das Gegenteil der Fall. Die Notwendigkeit, den Wählern in bestimmten Abständen gegenüberzutreten zu müssen, reicht oft aus, um demokratische Ansprüche wie die Einhaltung der Menschenrechte, Redefreiheit und Rechtsstaatlichkeit zu gewährleisten.

Nicht alle Demokratien haben säkularen Charakter. In Großbritannien, wo die repräsentative parlamentarische Demokratie am längsten und stärksten verwurzelt ist, gibt es – wenn auch nur formal – eine Staatskirche. Das gleiche gilt für einige andere europäische Demokratien. In anderen Ländern jedoch, vornehmlich in den Vereinigten Staaten und in Frankreich, wurde gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Trennung von Staat und Kirche eingeführt, zum einen damit sich der Staat nicht in religiöse Angelegenheiten einmischt, zum anderen damit die religiösen Amtsträger sich nicht der Staatsmacht bedienen können, um ihre Lehre durchzusetzen oder um Privilegien zu erwirken.

»Religion« ist wie »Demokratie« ein Wort, in das viele Bedeutungen hinein- und Interpretationen herausgelesen werden. Sogar die Namen ein-

zelner Religionen – »Christentum«, »Islam«, »Judentum« – vermitteln den verschiedenen Gläubigen und Anhängern mitunter unterschiedliche, sich widersprechende Bedeutungen. Sowohl das Christentum als auch das Judentum sind im Nahen Osten insgesamt eher Minderheitenreligionen. Das Christentum verlor in den zentralen Gebieten demographisch wie auch politisch ständig an Boden. Daß neuerdings zwei christliche Staaten – Armenien und Georgien – wieder zur Region gehören, könnte es stärken; doch ist es noch zu früh, das einzuschätzen. Das Judentum ist in den meisten arabischen Ländern praktisch ausgelöscht und überlebt nur noch in kleinen Minderheiten in Marokko, in der Türkei, im Iran und in den früheren Sowjetrepubliken. Die Ausnahme ist Israel, wo es die vorherrschende Religion ist.

Für die überwiegende Mehrheit der Menschen im Nahen Osten ist Religion seit vielen Jahrhunderten gleichbedeutend mit Islam. In nahezu allen arabischen Staaten mit geschriebener Verfassung gilt der Islam entweder als Staatsreligion oder als »Hauptquelle der Gesetzgebung«. Die Saudis besitzen keine geschriebene Verfassung, weil nach ihrer Auffassung der Islam selbst ihre Verfassung ist. Die ehemaligen Sowjetrepubliken haben ihre säkularen Formen größtenteils beibehalten, obgleich diese zunehmend in Frage gestellt werden.

Nur die Türkei ist ausdrücklich säkularisiert. Der erste Schritt in diese Richtung geschah mit der Verfassungsänderung vom April 1928, als man aus Artikel II den Passus »die Religion des türkischen Staats ist der Islam« herausstrich und alle weiteren Artikel, in denen auf die Religion und das heilige Gesetz Bezug genommen wurde, entsprechend abänderte. Die Verfassungsänderung vom Februar 1937 war der zweite Schritt, als die Grundsätze der Republikanischen Volkspartei Eingang in Artikel II fanden. Diese erklärten die Türkei zum »republikanischen, nationalistischen, populistischen, etatistischen, säkularen und reformistischen« Staat. Der Grundsatz der Säkularität, genauer: der Trennung von Religion und Staat, wurde auch bei den nachfolgenden Verfassungsänderungen beibehalten. Der englische Terminus *secularism* wird hier in diesem Sinn der »Trennung von Religion und Staat« verwendet, gewissermaßen als Entsprechung der französischen *laïcité* oder der deutschen *Laizität*. Leider besitzen wir dieses Wort im Englischen nicht, was bei uns aufgrund der religionsfeindlichen und antiklerikalen Konnotationen, die der Begriff mitunter transportiert, manchmal zu Mißverständnissen führt. Dieselbe Zweideutigkeit verursachte anfangs auch im Türkischen Probleme, als »laizistisch« mit *ladini* übersetzt wurde, was sowohl nichtreligiös als auch religionsfeindlich bedeuten kann. Später wurde es durch *lâik*, vom französischen *laïque*, ersetzt.

Im heutigen Islam des Nahen Ostens müssen wir im wesentlichen zwei Tendenzen unterscheiden: auf der einen Seite die Bewegungen, die wir im

Westen als »islamischen Fundamentalismus« bezeichnen, auf der anderen eine Richtung, die wir in Ermangelung eines besseren Ausdrucks »Mainstream-Islam« nennen könnten. Die Bezeichnung »Fundamentalismus« ist aus verschiedenen Gründen unangemessen, ja irreführend. Die Entstehung dieses Begriffs geht allem Anschein nach auf eine Gruppe amerikanischer protestantischer Kleriker zurück, die sich 1909 zusammenschlossen, um den liberalen und modernen Tendenzen in der christlichen Theologie entgegenzutreten. Diese Gruppe veröffentlichte zwischen 1910 und 1912 zehn Bände mit dem Reihentitel *The Fundamentals*. Das Adjektiv »fundamentalistisch« kam in den USA um 1920 in Gebrauch und bezeichnete damals bestimmte protestantische Kirchen, die die liberale Theologie und die Bibelkritik des Mainstream-Protestantismus ablehnten. Nach einem grundlegenden Lehrsatz dieser Fundamentalisten ist die Bibel unfehlbar und ihr göttlicher Ursprung wörtlich zu nehmen.

Das ist aber nicht das Anliegen der sogenannten islamischen Fundamentalisten. Eine bestimmte Art liberaler Theologie war in der Vergangenheit bei den Moslems von Bedeutung und mag es in Zukunft vielleicht wieder werden. Derzeit ist sie jedoch kein Thema, und die Meinungsverschiedenheiten zwischen »Fundamentalisten« und Mainstream-Moslems kreisen keineswegs um theologische Fragen. Ebenso wenig steht eine Kritik der heiligen Schriften zur Debatte. Alle Moslems, ob sie nun praktizierende Gläubige sind oder nicht, akzeptieren den göttlichen Ursprung des Koran- texts oder stellen ihn zumindest nicht öffentlich in Frage. Auch dies ist also kein Streitpunkt zwischen Fundamentalisten und Mainstream-Moslems.

Zu Recht wird die Bezeichnung »fundamentalistisch« daher als unzutreffend beurteilt: Sie gehört in den Zusammenhang des amerikanischen Protestantismus, ist also für den Islam irrelevant, und sie bezieht sich auf Dogmen, die kaum etwas mit der moslemischen Lehre zu tun haben. Eine weitere Kritik lautet, der Ausdruck habe einen abfälligen Beigeschmack, da er die Bewegungen, Ideen und Menschen, die er lediglich zu bezeichnen vorgibt, in Wirklichkeit vorverurteilt.

Andere Bezeichnungen, die verschiedentlich vorgeschlagen und verwendet werden, sind leider noch schlimmer. Die häufigsten Begriffe »Islamismus« und »islamistisch« sind irreführend, da sie schlicht implizieren, die in Frage stehenden Bewegungen seien ein charakteristischer Ausdruck moslemischer Glaubensvorstellungen und Verhaltensweisen. Genau aus diesem Grund sind sie den Fundamentalisten selbst sehr willkommen, den anderen Moslems hingegen nicht. In letzter Zeit wird das englische Wort »fundamentalist« in wörtlicher Übersetzung auch im Arabischen, Persischen, Türkischen und zweifellos auch in anderen von Moslems gesprochenen Sprachen verwendet, und »Fundamentalismus« wird inzwischen häufiger mit Blick auf die Moslems als im Zusammenhang

des amerikanischen Protestantismus gebraucht, was diesen wiederum Mißverständnissen aussetzt. Ein Wort, das zur Bezeichnung einer moslemischen Gruppe in die Sprachen des Islam Eingang fand, darf zu diesem Zweck wohl auch in den Sprachen des Christentums verwendet werden.

Wenn wir die Haltungen und Aktivitäten der moslemischen Fundamentalisten erörtern, müssen wir uns stets zwei Tatsachen vor Augen halten, die eigentlich selbstverständlich sind, doch allzuoft vergessen werden: Erstens, daß die meisten Moslems keine Fundamentalisten, und zweitens, daß die meisten Fundamentalisten keine Terroristen sind. Den Fundamentalisten ist natürlich daran gelegen, die erstgenannte Tatsache zu verbergen bzw. in ihrem Sinn zu revidieren; die Terroristen finden es zweckdienlich, letztere zu verschweigen. Darin unterstützt werden beide Fraktionen zum einen von den Medien, die – was vielleicht unvermeidlich ist – der gewalttätigen Minderheit mehr Aufmerksamkeit schenken als der gesetzestreuen Mehrheit, zum anderen aber auch von einigen führenden moslemischen Persönlichkeiten aus Religion und Politik, die nicht willens oder nicht fähig sind, die terroristischen Gruppen und Handlungen mit unzweideutiger Klarheit zu verurteilen. In letzter Zeit hat sich die Sachlage in diesem Punkt ein wenig gebessert, da zunehmend zu Bewußtsein kommt, daß der Terrorismus nicht nur den designierten Feinden im Ausland, sondern auch der islamischen Gemeinschaft daheim immensen Schaden zufügt.

Gleichwohl ist der islamische Fundamentalismus eine starke und in manchen Gebieten weiter erstarkende Kraft. Dabei handelt es sich nicht, wie manche westliche Beobachter zu glauben scheinen, um eine einheitliche, geeinte und zentral gesteuerte Organisation oder Bewegung. Die fundamentalistischen Gruppen unterscheiden sich nicht nur je nach Land, sondern mitunter auch innerhalb einzelner Länder; auf der Suche nach Unterstützung kooperieren sie bisweilen, dann wieder konkurrieren sie darum. In der jahrhundertelangen Geschichte des Islam gab es immer wieder solche radikalen, subversiven, oft auch gewalttätigen Bewegungen, die die bestehende Ordnung umzustürzen und durch einen authentischeren Islam zu ersetzen suchten. In manchen Fällen richteten sie sich gegen ein fremdes Ziel, häufiger jedoch gegen ihre eigenen moslemischen – oder wie sie sagen würden: nur dem Namen nach moslemischen – Führer und Regime, die von ihnen beschuldigt wurden, vom authentischen Islam abzuweichen und fremde Wege, die Wege der Ungläubigen, zu beschreiten. Ihr Ziel ist stets, die islamische Gesellschaft vor der Verderbnis zu retten und das gottgegebene Heilige Gesetz des Islam wieder einzusetzen. In ihren Augen waren diese fremdhörigen Herrscher und Regime schlimmer noch als die Ungläubigen; Abtrünnige waren sie, und auf Abtrünnigkeit steht die Todesstrafe. Der iranische Schah und der ägyptische Präsident

Sadat galten als solche Apostaten. In Ägypten töteten die Fundamentalisten den Regierungschef; im Iran waren sie erfolgreicher und stürzten das Regime.

Nicht nur in diesen Ländern, auch in Algerien, im Sudan und anderswo richtet sich der Angriff der Fundamentalisten nicht in erster Linie gegen den Westen, sondern gegen das, was sie als eine weit größere Gefahr betrachten – gegen Moslems, die sklavisch den Westen nachahmen und es zulassen, daß westliche Verderbtheit die islamische Gesellschaft aushöhlt und zerstört.

Doch indem sie gegen die Verwestlichung ihrer Gesellschaft ankämpfen, machen sich auch die Fundamentalisten vieles zu eigen, was aus dem Westen stammt: westliche Technologie, insbesondere Waffensysteme, westliche Kommunikationsmittel und selbst solche westlichen Erfindungen wie eine geschriebene Verfassung und ein gewähltes Parlament. Beides findet sich in der islamischen Republik Iran, und beides ist in der islamischen Geschichte und Lehre ohne Beispiel. Der Iran organisierte sogar Wahlen und schickte konkurrierende Kandidaten mit unterschiedlicher Programmatik ins Rennen. Dem sind jedoch enge Grenzen gesteckt. Bei den Parlamentswahlen in der Türkei im Dezember 1995 stimmten 21 Prozent der Wähler für eine islamische Partei. Wir wissen nicht, wie viele Iraner eine laizistische demokratische Partei wählen würden, da ihnen diese Alternative nicht offensteht. Doch können sie zwischen Personen und damit in engen Grenzen auch zwischen politischen Optionen wählen. In dieser Hinsicht ist der Iran durchaus mit vielen anderen Länder in der Region vergleichbar.

An diesem Punkt ist es vielleicht nützlich, eine Typologie der Regierungsformen zu versuchen, die in den islamischen Ländern des Nahen Ostens und Nordafrikas derzeit anzutreffen sind. Folgende Klassifizierung bietet sich an:

1. *Traditionelle Autokratien.* Zu einer bestimmten Zeit hätten wir praktisch alle Regime der islamischen Welt in diese Kategorie einordnen können. Heute trifft die Beschreibung im wesentlichen nur noch auf die dynastischen Regime der arabischen Golfstaaten und Saudi-Arabiens zu. Diese Regime, die als autoritäre Monarchien zu verstehen sind, kommen problemlos ohne den Schmuck einer geschriebenen Verfassung und gewählter Versammlungen aus. Ihr Ursprung liegt im Stammeswesen, und Stammesführung hängt immer von der freiwillig gewährten und jederzeit widerrufbaren Anerkennung durch die Stammesangehörigen ab. Das ist, wenn auch nicht demokratisch, zweifelsohne konsensual. Doch legen ihnen die Traditionen des Islam und ihres Stammes, von denen sie getragen werden, auch Beschränkungen auf. Das islamische Gesetz und der

islamische Brauch, die dem Herrscher beträchtliche Machtbefugnisse einräumen, enthalten gleichwohl die Bestimmung, daß auch der Herrscher dem Gesetz unterliegt und keineswegs über ihm steht. Diese Beschränkungen sind heute nicht mehr so wirksam wie einst, weil die moderne Technologie und die modernen Waffensysteme die Macht des Souveräns stärken und die vermittelnden Machtinstanzen, die dem Herrscher einst Schranken setzten, zugleich schwächen. Allerdings steht die moderne Technologie auch denen zur Verfügung – und wird von ihnen zunehmend eingesetzt –, die die bestehende Autorität zu stürzen suchen.

2. *Autokratien auf dem Weg der Liberalisierung.* Diese Regime, zu denen neben Marokko, Tunesien und Jordanien bis zu einem bestimmten Grad auch Ägypten gehört, haben ihre Wurzeln in der traditionellen Autokratie, unternehmen aber entscheidende Schritte in Richtung Modernisierung und damit in Richtung Demokratisierung. Sie sind zwar keine traditionellen Autokratien mehr, aber auch noch keine liberalen Demokratien. Insgesamt jedoch tendieren sie in Richtung größerer Freiheit. Die Entwicklung Ägyptens wird noch immer durch die bankrotten Staatsunternehmen behindert – ein Überbleibsel der sozialistischen Ära. Die drei anderen Länder machen wirtschaftlich, sozial und in Fragen der Menschenrechte bemerkenswerte Fortschritte.

3. *Diktaturen.* Dieser Begriff wird oft nachlässig und ungenau zur Bezeichnung von Regimen verwendet, die angemessener als autoritär oder autokratisch zu beschreiben wären. Präziser trifft er auf die Einparteien-Regime von Hafiz Al-Asad in Syrien und Saddam Hussein im Irak zu, die sich deutlich am Modell der europäischen Einparteien-Regime der 30er und 40er Jahre orientieren. Beide Länder unterstanden in der Zwischenkriegszeit direkter Mandats Herrschaft; Syrien wurde von Frankreich verwaltet, der Irak von Großbritannien. Beide Mandatsmächte schufen demokratische Institutionen nach ihrem Bild – eine konstitutionelle parlamentarische Demokratie im Irak, eine Republik in Syrien. Keine dieser Demokratien konnte tiefere Wurzeln schlagen und beide wurden nicht lang nach Abzug der Mandatsmächte demontiert. Die Einparteien-Diktatur in Syrien und im Irak wurde wie in Deutschland und Italien auf den Ruinen gescheiterter demokratischer Experimente errichtet.

4. *Die ehemaligen Sowjetrepubliken.* Diese Gruppe, die eher durch ihre gemeinsame Geschichte und geographische Lage als durch einen Regimetytpe gekennzeichnet ist, umfaßt die sechs ehemaligen Sowjetrepubliken in Transkaukasien und Zentralasien mit überwiegend moslemischer Bevölkerung. Wie die britischen und französischen Kolonien in Südwestasien

und Nordafrika der Zwischenkriegszeit haben sie einige Schwierigkeiten, sich von ihren früheren imperialen Herren zu lösen. Auf die formelle Anerkennung ihrer Unabhängigkeit folgte der postimperiale Katzenjammer – Moskau intervenierte, zwang ihnen unfaire Verträge auf, setzte ihren Regierungen »Berater« vor die Nase und dergleichen mehr. Diese Länder unterlagen und unterliegen seit mehr als hundert Jahren ganz anderen geschichtlichen Bedingungen und Einflüssen als die vormaligen Territorien des britischen und französischen Empire. Und ihre heutigen Probleme gestalten sich auch anders, da sie nicht mit London oder Paris, sondern mit Moskau zu tun haben.

5. *Revolutionäre islamische Regime.* Der Begriff »Revolution« wurde im modernen Nahen Osten vielfach zur Bezeichnung einer Reihe von Palastrevolten und militärisch erzwungenen Regierungswechseln verwendet, die genauer mit dem französischen Ausdruck *Coup d'État*, dem deutschen Wort *Putsch* oder dem spanischen Terminus *Pronunciamento* zu bezeichnen wären. Im Iran ging 1979 die Macht nicht schlicht von einer Clique auf eine andere über, sondern die ganze Gesellschaftsordnung wurde verändert, was eine durchgreifende Umverteilung der politischen und wirtschaftlichen Macht nach sich zog. Dieser Vorgang war wie bei anderen großen Revolutionen nur der Schlußpunkt eines längeren, umfassenderen und tieferreichenden Prozesses. Ob dies nun zum Vorteil oder Nachteil gereichte – die Iraner selbst sind hier noch immer sehr geteilter Meinung –, so waren die Ereignisse im Iran doch eine große Revolution im vollen Sinn des Wortes. Wie Frankreich im 18. und Rußland im 20. Jahrhundert durchlief der Iran die klassischen Stadien jeder Revolution – Aufstand und Unterdrückung, Terror und revolutionäre Justiz, Intervention des Auslands und Krieg, ideologische Auseinandersetzungen und politische Konflikte, schließlich tief greifende gesellschaftliche Veränderungen. Der Preis, den Revolutionen fordern, ist bekannt, und er war auch hier hoch. Der Gewinn ist, wie so oft, problematisch.

Wie die Französische und die Russische Revolution in Europa stieß die iranische Revolution auf großen Widerhall in anderen moslemischen Ländern, die sich in derselben Diskurswelt befinden wie der Iran. Und wie einst die Jakobiner und die Bolschewiki, riefen auch die heutigen islamischen Radikalen in diesen Ländern eine ganze Reihe von Bewegungen auf den Plan, die sie mitunter direkt organisierten und leiteten.

6. *Demokratien im westlichen Sinn*, das heißt politische Systeme, in denen freie Wahlen stattfinden und eine Regierung durch Wählerentscheidung abgesetzt werden kann. Wahlen werden in vielen Ländern der Region organisiert, teils weil sie einem modernen Staat gut zu Gesicht stehen, teils

weil sie Voraussetzung für den Erhalt von internationaler Hilfe sind. In den meisten Fällen reduzieren sich diese Wahlen jedoch auf eine zeremonielle Ratifizierung der herrschenden Machtverhältnisse. In nur zwei Ländern der Region finden echte Wahlen statt und kann – und dies passiert auch oft – die Regierung abgewählt werden: in der Türkei und in Israel.

Hier taucht eine entscheidende Frage auf, die in all diesen Ländern oft gestellt wird: Ist der Islam mit der Demokratie vereinbar? Dieselbe Frage wurde schon in allgemeinerer Form gestellt: Ist Religion mit Demokratie vereinbar? Wenn wir unter Religion ein System aus Glaubensvorstellungen und Gottesdienst, aus Moralvorschriften und Verhaltensnormen verstehen, kann man die Frage bejahen. Wenn wir den Begriff jedoch im Sinn eines Komplexes aus historischen Erfahrungen und kulturellen Traditionen verwenden, kann die Antwort verschieden ausfallen. Beziehen wir uns schlicht auf die geschichtliche Entwicklung, so müßten wir beispielsweise mit Blick auf das orthodoxe, katholische und protestantische Christentum unterschiedliche Antworten geben. Was das Judentum anbelangt, können wir diese Frage noch nicht beantworten, da die Erinnerungen aus alter Zeit zu weit zurück liegen und die neuere Erfahrung zu kurz ist, als daß sich daraus Schlüsse ziehen ließen. Für den Islam gilt, daß wir auf eine mehr als tausendvierhundertjährige Geschichte blicken und uns auf das politische Leben in derzeit vierundfünfzig souveränen moslemischen Staaten beziehen können.

Auf den ersten Blick gibt weder die Geschichte noch die aktuelle Wirklichkeit in den islamischen Staaten viel Anlaß zu Optimismus. Die Geschichte des Islam ist eine ununterbrochene Abfolge von autokratischen Regimen, die zwar nur selten despotisch, vielfach milde und aufgeklärt waren, meist beschränkt durch die Bestimmungen des heiligen Gesetzes, aber ohne irgendeine Tradition von regierungsunabhängigen Institutionen, Repräsentationsorganen oder Mehrheitsentscheidungen. Die ersten vier Kalifen nach dem Tod des Propheten Mohammed gelten bei den sunnitischen Moslems als »die rechtgeleiteten Kalifen«, und die Zeit ihrer Herrschaft wird als das goldene Zeitalter des Islam betrachtet. Drei von ihnen wurden ermordet, einer von einem auf gebrachten Sklaven, die beiden anderen von moslemischen Rebellen, und ihre Herrschaft zerfiel mit dem ersten Bürgerkrieg, auf den weitere folgen sollten. Von den heutigen moslemischen Staaten kann eigentlich nur die Türkische Republik als Demokratie bezeichnet werden. Einige andere Staaten scheinen sich in diese Richtung zu bewegen, aber nirgends ist der Demokratisierungsprozeß so weit fortgeschritten wie in der Türkei – und selbst dort muß die Demokratie bisweilen Rückschläge und Unterbrechungen hinnehmen.

Es wäre jedoch unbesonnen, aus dem Scheitern der Demokratie in der

Vergangenheit den Schluß zu ziehen, daß sie auch in Zukunft nicht funktionieren wird. Tatsächlich gibt es nur sehr wenige Demokratien, deren Institutionen stabil sind und über lange Zeiträume hinweg reibungslos funktionieren. In den meisten Ländern mit relativ jungen demokratischen Institutionen befinden sich diese noch im Experimentierstadium. Selbst in Kontinentaleuropa hat die Demokratie eine wechselhafte Geschichte hinter sich, und es wäre unvernünftig, in Regionen mit einer ganz anderen Kultur bessere und schnellere Resultate zu erwarten. Schließlich war man auch im Westen eine Zeitlang der Auffassung, die Demokratie lasse sich mit der Sklaverei vereinbaren, und hielt noch länger daran fest, daß sie mit der völligen rechtlichen und politischen Entmündigung der halben Bevölkerung – der Frauen – vereinbar sei. Den stärksten Rückhalt fanden die ersten demokratischen Experimente im Nahen Osten bei Mitgliedern religiöser Minderheiten, die darauf hofften, daß die demokratische Ordnung ihnen die Gleichheit bringen werde, die die alte Ordnung ihnen vorenthielt. Die Frauen könnten und sollten heute dieselbe Hoffnung hegen. Sie sind weit zahlreicher als die christlichen und jüdischen Minderheiten und im Gegensatz zu ihnen unentbehrlich. Sie könnten sich in den islamischen Ländern zu den entschiedensten Verfechtern der Demokratie entwickeln. Als Gruppe hätten die Frauen mit Sicherheit am meisten zu verlieren, wenn die Demokratie scheitert.

Doch im vorwiegend moslemischen Nahen Osten gibt der Mann den Ton an, und die Institutionen, die die Moslems dort schaffen und betreiben, werden immer auch den unauslöschlichen Stempel ihrer kulturellen Traditionen und ihres historischen Gedächtnisses tragen.

Obgleich diese Traditionen die Entwicklung demokratischer Institutionen in der Vergangenheit in mancher Hinsicht behinderten, enthalten sie auch positive Elemente, die, so sie nur richtig interpretiert und umgesetzt werden, zu größerer politischer Freiheit und Anerkennung der Menschenrechte führen könnten. Die Befürworter der Demokratie haben vielfach versucht, im religiösen Erbe des Islam Elemente zu finden, die in Richtung demokratische Freiheit weisen. Nicht alle in diesem Zusammenhang vorgebrachten Argumente sind gleich triftig. Aber jene, die nicht auf der Überinterpretation marginaler Textstellen beruhen, sondern sich auf zentrale Elemente der islamischen Geschichte und Tradition stützen, könnten der Entwicklung demokratischer Institutionen in der Tat förderlich sein.

Die großen Erzählungen des Islam, wie sie in den Schriften überliefert sind, unterscheiden sich weitgehend von jenen des Judentums und des Christentums. Moses war es nicht vergönnt, ins Gelobte Land einzuziehen, und so ist die Hebräische Bibel überwiegend von der Thematik von Gefangenschaft und Befreiung, Exil und Rückkehr geprägt. Christus wurde gekreuzigt, und seine Anhänger mußten jahrhundertlang als

verfolgte Minderheit leiden und dulden, bevor sie schließlich den Staat eroberten und – wie manche hinzufügen würden – vom Staat erobert wurden. Mohammed hingegen eroberte sein gelobtes Land und gründete seinen eigenen Staat. Der Koran verzeichnet seine Kämpfe, seine Siege und seine Errungenschaften als Herrscher – wie er Gesetze erließ, Recht sprach, Krieg führte und Frieden schloß. Die Trennung von Kirche und Staat – eine christliche Lösung für ein christliches Problem – hat im klassischen islamischen Kontext so gut wie keine Bedeutung.

Doch erkennen auch die islamische Lehre und Gesetzgebung an, daß es zwischen den Dingen dieser Welt und denen der nächsten einen Unterschied gibt, wie sich an den umfangreichen Schriften ablesen läßt, die die moslemischen Juristen und Theologen den Problemen von Staat und Souveränität widmeten. Von frühester Zeit an war dies ein Gegenstand von großem Belang, und die moslemischen Philosophen, Juristen und andere Kundige reflektierten äußerst sorgfältig über die Natur der politischen Macht, wie man sie erlangen, ausüben und gegebenenfalls verwirken kann, sowie über die Pflichten und die Obliegenheiten, die Rechte und Privilegien derer, die sie innehaben. Die Erörterung und Regelung dieser Angelegenheiten bilden einen zentralen Teil der *Shari'a*, des heiligen Gesetzes des Islam.

Eine Untersuchung der reichen politischen Literatur der islamischen Gelehrten läßt eine Konzeption von Souveränität erkennen, die weit entfernt ist von jener despotischen Willkürherrschaft, wie sie dem Islam von Außenstehenden vielfach zugeschrieben wird. Die oberste Leitung des Gemeinwesens – das Kalifat – beruht nach Auffassung sunnitischer Juristen auf Vertrag und Konsens. Die Einsetzung eines neuen Kalifen erfolgt durch eine *Bay'a* zwischen Herrscher und Beherrschten. Dieses Wort wird oft mit »Treueid« übersetzt, was jedoch auf einem Mißverständnis beruht. *Bay'a* ist von einem arabischen Wort abgeleitet, dessen Konnotationen auf Kauf und Verkauf verweisen, und wäre daher besser mit »Vertrag« oder gar »Handel« übersetzt. Der *Bay'a* schafft zwischen Herrscher und Untertanen Bande gegenseitiger Verpflichtung. Letztere sind dem Herrscher zu Gehorsam verpflichtet, doch hat auch der Herrscher Pflichten gegenüber seinen Untertanen. Vieles, was im politischen Denken des Westens unter dem Titel »Bürgerrechte« erörtert wird, erscheint in den moslemischen Schriften als »Pflichten des Herrschers«. Wenn der Herrscher seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder nicht imstande ist, sie zu erfüllen, kann der Vertrag im Prinzip aufgelöst werden. Obwohl das historisch nur sehr selten vorkam, gibt es dafür durchaus Beispiele.

Die Pflicht zum Gehorsam ist weitreichend und umfassend, aber sie ist nicht unbegrenzt. Zwei Sprüche, die dem Propheten selbst zugeschrieben werden, werden in diesem Zusammenhang immer wieder zitiert. Der eine

lautet: »Gehorche keinem Geschöpf gegen seinen Schöpfer« – das heißt: gehorche keinem menschlichen Befehl, der das göttliche Gesetz verletzt. Der andere weist in dieselbe Richtung und lautet: »In der Sünde ist kein Gehorsam.« Dies impliziert nicht nur ein Recht auf Ungehorsam, wie es im westlichen Denken verbreitet ist, sondern eine göttlich verfügte Pflicht zum Ungehorsam gegenüber den sündigen Befehlen eines sündigen Herrschers. Auf diesen Grundsatz beriefen sich sowohl die Mörder von Sadat als auch diejenigen, die den Schah stürzten. Dem Absolutheitsanspruch der Autokratie konnte diese Regel allerdings nur beschränkt Grenzen setzen. Das heilige Gesetz selbst spricht dem Kalifen nahezu absolute Machtbefugnisse zu und gibt kein Kriterium an die Hand, mit welchem sich bestimmen ließe, ob ein Befehl – und damit auch der betreffende Herrscher – sündig ist. Doch sind Rebellionen und die Absetzung von Herrschern in der moslemischen Geschichte nicht unbekannt, und der Grundsatz ist noch immer gültig.

Ein weiterer Spruch, den die Überlieferung dem Propheten zuschreibt, lautet: »Meinungsverschiedenheiten innerhalb meiner Gemeinschaft sind eine Gnade Gottes.« Mit anderen Worten: Vielfalt ist gut, sie ist zu begrüßen, nicht zu unterdrücken. Diesem Prinzip entspricht die reale moslemische Geschichte eher als dies hinsichtlich der vertraglichen und konsensuellen Konzeption von Souveränität der Fall ist. In moderner Zeit fiel man bedauerlicherweise von der unbeschwerten Toleranz früherer Tage ab, dennoch ist auch der Grundsatz des Pluralismus bis heute gültig.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang auch an die Verbindung von Würde und Bescheidenheit, der die islamische Tradition besonderes Gewicht beimißt. Noch dem geringsten Untertan wird in der traditionellen Gesellschaftsordnung persönliche Würde zuerkannt, während vom Herrscher erwartet wird, Arroganz zu vermeiden. Wenn der Sultan an religiösen Feiertagen die staatlichen Würdenträger empfing, erhob er sich nach altem osmanischem Brauch, um sie zu begrüßen, und bekundete dadurch seine Achtung vor dem Gesetz. Ein neuer Sultan wurde bei seiner Einsetzung vom Volk mit dem Ausruf begrüßt: »Sultan, sei nicht stolz! Gott ist größer als du!«

Die Begriffe »frei« und »Freiheit« haben im klassischen Arabisch eine rechtliche und eine soziale, keine politische Bedeutung. »Frei« bedeutet primär das Gegenteil von »versklavt«. Gelegentlich wird das Wort mit Blick auf die Sozialordnung gebraucht und verweist auf steuerliche und andere Freistellungen, oder auch im moralischen Sinn und bezeichnet dann einen edlen Charakter und das entsprechende Verhalten. Die politische Bedeutung des Begriffs wurde von Europa übernommen. Die europäischen Demokratien haben diese Bedeutung auf verschiedene Weise demonstriert: durch das politische Denken, die Literatur, die freiheit-

lichen Institutionen im Mutterland – und indem sie diese Freiheit ihren Untertanen im Nahen Osten vorenthielten.

Die Kolonialmächte – vor allem Großbritannien, Frankreich, Holland und Rußland – beraubten den größten Teil der islamischen Welt ihrer Souveränität. Die Hauptforderung lautete daher Unabhängigkeit. Fremdherrschaft galt als Tyrannei; ihr ein Ende zu setzen war das oberste politische Ziel. Doch hat Tyrannei in unterschiedlichen Kulturen unterschiedliche Bedeutungen. Im traditionellen islamischen System ist Tyrannei das Gegenteil von Gerechtigkeit. Im politischen Denken des Westens heißt das Gegenteil von Tyrannei Freiheit. Derzeit werden die meisten moslemischen Länder gewahrt, daß sie zwar ihre Unabhängigkeit erlangt haben, doch weder Gerechtigkeit noch Freiheit genießen. Es gibt einige in der Region – und ihre Zahl nimmt zu –, die in der Demokratie eine Möglichkeit sehen, *beides* zu erreichen.

Aus dem Englischen von Bodo Schulze